

PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **11.11.2016**, um 19:05 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Büchler, Ruth
Ergler, Volker
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Käser, Hannah
Kempf, Bastian
Kruhmann, Torben
Renner, Engelbert
Ringhof, Martin
Schübeler, Norbert
Weiße, Tobias
Werle, Richard
Winkler, Christoph

Stv.-Vorsteher

SPD-Fraktion

Atris, Hussein
Baus, Michael
Brauner, Silke
Häfele, Andreas
Hanf, Alicia
Hofmann, Klaus
Rihm, Dieter
Dr. Ritterbusch, Jörn
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian (ab 19:20 Uhr, TOP 1)

UBV-Fraktion

Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Nordmann, Rolf
Dr. Stülpner, Henrik
Toth, Anton
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Klee, Wolfgang
Winkenbach, Manfred
Zöller-Helbig, Helga

Fraktion Die Linke.

Altinalan, Tugce Sebnem
Weißberger, Albert

FDP-Fraktion

Kammer, Bernhard
Jünemann, Ralf

WGV-Fraktion

Kempf, Beate
Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Jörg Scheidel, Fernanda da Silva Augel, Klaudia Forg und Marcella Helbig.

VOM MAGISTRAT:

Bürgermeister Matthias Baaß
 Erster Stadtrat Jens Bolze
 Stadtrat Gerd Brinkmann
 Stadträtin Hedwig Fraas
 Stadtrat Dieter Gross
 Stadtrat Thomas Klauder
 Stadtrat Helmut Kirchner
 Stadtrat Randoald Reinhardt
 Ehrenstadtrat Heinz Rohrbacher
 Stadtrat Hayrettin Vanli
 Stadtrat Günter Wolk
 Stadtrat Klaus Ziegler

Entschuldigt fehlte Stadträtin Jenny Dieter.

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Haas, Philipp Hauptamt - **Protokoll** -

VON DER VERWALTUNG:

Fleischer, Michael	Hauptamt	
Rohrbacher, Stefanie	Kämmereiamt	(bis 19:25 Uhr, TOP 2)
Ewert, Frank	ASU	(bis 20:25 Uhr, TOP (neu) 5)
Stöppel, Klaus-Dieter	KuBuS	
Wunderle, Hermann	PISTE	
Sattler, Helena	Hauptamt	

VOM AUSLÄNDERBEIRAT:

Erdogan, Nurcan	Vertreterin des Ausländerbeirats
Dr. Edusa-Eyison, Ebenezer Obo	Ehrevorsitzender des Ausländerbeirats

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
 Viernheimer Tageblatt

ZUHÖRER:

9

Φ Φ Φ Φ

Stv.-Vorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 19:05 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Er verwies auf das ausgelegte Schreiben zum TOP „Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur Finanzierung von zusätzlichen Umgestaltungsflächen auf dem Rathausvorplatz (Umbau Fußgängerzone – 3. Bauabschnitt)“.

TOP „Antrag der WGV-Fraktion: Verzicht auf die Erhebung der Ausgleichsbeiträge gemäß § 154 des Baugesetzbuches (Abschluss der Sanierung der Innenstadt)“ wurde erneut vom Antragsteller zurückgezogen. Zudem wurden die TOPs „Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur Finanzierung von zusätzlichen Umgestaltungsflächen auf dem Rathausvorplatz (Umbau Fußgängerzone – 3. Bauabschnitt)“ und „Baulandentwicklung in Viernheim (Wohnen)“ von der Tagesordnung genommen, da noch Beratungsbedarf in den Ausschüssen bestehe. Dem wurde einmütig zugestimmt.

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Investitionsprogramm 2016-2020
Haushaltsplan 2017
- 1.1 Produkt Musikschule, hier: Haushalt 2017
2. Prüfung der Jahresrechnung 2014 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße
- (neu) 3. Genehmigung überplanmäßiger Mittel für den Einbau von elektrisch versenkba-
ren Pollern an 3 Standorten (Umbau Fußgängerzone - 3. Bauabschnitt)
- (neu) 4. Antrag der Fraktion Die Linke:
Blindengerechte Fußgängerampeln
- (neu) 5. Antrag der Fraktion Die Linke:
Arbeitsgerichtsverfahren Claus Schmitt ./ Stadt Viernheim

1. Investitionsprogramm 2016-2020 **Haushaltsplan 2017**

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 26.10.2016

1.1 Produkt Musikschule, hier: Haushalt 2017

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters vom 06.10.2016

Auf o.a. Vorlagen wird verwiesen.

Bürgermeister Baaß brachte den Haushalt 2017 sowie das Investitionsprogramm 2016-2020 mit seiner Haushaltsrede in die Beratung ein.



Die Rede von Bürgermeister Baaß ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Auszug: Kämmereiamt, Kubus / Fb. Musikschule

2. Prüfung der Jahresrechnung 2014 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 24.10.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss einstimmig zugestimmt habe.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung erteilt dem Magistrat für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung.

Abstimmung: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

(neu) 3. Genehmigung überplanmäßiger Mittel für den Einbau von elektrisch versenkbaren Pollern an 3 Standorten (Umbau Fußgängerzone - 3. Bauabschnitt)

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 20.10.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass die Verwaltung auf die Frage, wie viele Fahrzeuge widerrechtlich einfahren, geantwortet habe, dass es sich um mindestens 20 – 50 Fahrzeuge täglich handle. Falls man die Situation mit mehr Kontrollen verbessern wolle, müsse man mehr Personal einstellen, was wiederum teurer wäre als die Poller-Lösung. Als gute Beispiele für technische Lösungen seien die Geschwindigkeitsmessanlage am Kapellenberg sowie die händisch zu bedienenden Poller an der Goetheschule genannt worden. Der Ausschuss habe dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf berichtete, dass es eine ähnliche Diskussion wie im Haupt- und Finanzausschuss gegeben habe. Der Ausschuss habe dem Beschlussvorschlag mehrheitlich (8 Ja- und 2 Nein-Stimmen) zugestimmt.

Für die CDU-Fraktion sagte er, dass jeder, der durch die Viernheimer Innenstadt gehe, sehe, dass viele Autos unberechtigt unterwegs seien. Die CDU glaube, dass dieses Problem durch Poller zu einem guten Teil gelöst werden könne. Wichtig sei es, dass die Poller im Notfall kein Hindernis darstellen. So sollen sie bei einem Stromausfall automatisch herunterfahren und die festen Poller neben den elektrischen sollen klappbar sein.

Stv. Hanf erklärte, dass es offensichtlich eine breite Mehrheit gebe. Es gehe um die Sicherheit der Fußgänger, welche ohne Poller nicht mehr gewährleistet sei (z.B. der Schulkinder der Goethe- und Schillerschule). Die händisch zu bedienenden Poller an der Goetheschule seien ein erfolgreicher Feldversuch gewesen. Die Verwaltung habe glaubhaft dargelegt, dass verstärkte Kontrollen teurer seien als die Poller. Der Vorwurf der UBV, das Ordnungsamt könne diese Kontrollen „so nebenbei“ machen, sei anmaßend.

Stv. Benz erklärte, dass die UBV sich die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Für die Kontrolle von 20-50 Fahrzeugen am Tag seien aber keine drei Planstellen nötig. Es gebe Stoßzeiten für den Verkehr, zu welchen man kontrollieren könne. Er beantragte, auf die Poller am „Woolworth“ zu verzichten und stattdessen am Salerno welche einzurichten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Genehmigung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 86.500 € für den Einbau von elektrisch versenkbaren Pollern an 3 Standorten (Umbau Fußgängerzone - 3. Bauabschnitt).

Abstimmung: 29 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, Ordnungsamt

(neu) 4. Antrag der Fraktion Die Linke: Blindengerechte Fußgängerampeln

Bezug: Antrag der Fraktion Die Linke vom 05.10.2016

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Weißenberger begründete den Antrag: Man sollte Betroffene (z.B. Selbsthilfegruppen) in den Prozess einbinden, geeignete Standorte von Fußgängerampeln zu finden, welche blindengerecht ausgerüstet werden sollen (z.B. an Schulen, an der L3111 und am Bahnhof).

1. Stadtrat Bolze bat darum, den Beschlussvorschlag umzuformulieren zu einem Prüfauftrag für die Verwaltung.

Stv. Dr. Stülpner sagte, dass die UBV das Thema ebenfalls auf der Agenda gehabt habe. Man sehe ebenfalls Bedarf bei einigen Ampeln, allerdings könne man nicht zustimmen, alle Ampeln umzurüsten. Er unterstütze deshalb den Vorschlag, die Notwendigkeiten zu ermitteln.

Man einigte sich auf folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Thematik wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Betroffene (u.a. Selbsthilfegruppen) sollen einbezogen werden.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU

(neu) 5. Antrag der Fraktion Die Linke: Arbeitsgerichtsverfahren Claus Schmitt ./ Stadt Viernheim

Bezug: Antrag der Fraktion Die Linke vom 11.10.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Stv. Weißenberger sagte, dass es ein Urteil des Landesarbeitsgerichts gebe und es um das Schicksal einer Person gehe. Laut Urteil sei das Arbeitsverhältnis nicht aufgelöst, die Kosten habe die Stadt zu tragen und eine Revision sei nicht zugelassen. Der Antrag sei deshalb eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Der Magistrat habe das Urteil umzusetzen. Die Linke und Bürger seien der Ansicht, dass es der Bürgermeister mit der Wahrheit nicht so genau nehme. In einem Schreiben des Bürgermeisters an die Fraktionsvorsitzenden werde behauptet, dass sich Herr Schmitt den Aufforderungen des Haupt- und Finanzausschusses (Sitzung vom 27.09.2012, TOP 3) verweigert hätte. Im Protokoll stehe dazu nichts. Laut Urteil habe der Bürgermeister den Personalrat angelogen. Auf die Anfrage der CDU-Fraktion nach den Kosten habe der Bürgermeister geantwortet, dass man mittlerweile 120.000 € pro Jahr bei der Musikschule einspare. Es sei skandalös, solche Zahlen zu nennen, obwohl man gegen geltendes Recht verstoße. Die tatsächlichen Kosten steigen Monat für Monat.

Bürgermeister Baaß sagte, dass es so einfach nicht sei. Rechtlich gebe es verschiedene Folgen, die man beachten müsse. Der Magistrat sei der Vorgabe der Stadtverordneten-Versammlung (Konzept Musikschule 18) mit Erfolg gefolgt, denn die Qualität stimme und das Budget werde eingehalten. Er sei sich bei der Kündigung bewusst gewesen, dass die Mitglieder des Magistrats

und weitere Beteiligte durch Falschdarstellungen und Halbwahrheiten herabgewürdigt werden.

Dies habe man in Kauf genommen. Mittlerweile habe man über 100.000 € Weniger-Ausgaben im Jahr, eine gute Qualität und ein deutlich verbessertes Arbeitsklima in der Musikschule.

Der Magistrat werde kontinuierlich über den Sachverhalt informiert, da er das für Personalangelegenheiten zuständige Organ sei.

Stv. Rihm zeigte sich überrascht über den Antrag: Es sei zum einen eine alleinige Aufgabe des Magistrats und zum anderen sei das Verfahren noch nicht beendet. Außerdem sei die Stadtverordneten-Versammlung im Rahmen der Möglichkeiten unterrichtet worden. Die Linke habe den Fall instrumentalisiert, um das „System im Rathaus“ zu bekämpfen. Schon vor Beginn des Verfahrens seien für Die Linke Opfer- und Täterrolle klar gewesen. Das damalige Mitglied der Linken im Magistrat habe über Zeitungsartikel die Verwaltung diffamiert („rausgemobbt“, „verbissen gesucht und eifrig konstruiert“). Mit Kritik an der Sache habe der Antrag deshalb nichts zu tun. Jetzt werde versucht, die Stadtverordneten-Versammlung für diese Zwecke zu instrumentalisieren. Selbstverständlich werde man nach Abschluss des Verfahrens informiert.

Stv. Kammer sagte, dass er sich nicht instrumentalisiert fühle. Mit dem Blick von außen stelle man fest, dass es ein Urteil gebe, welches nicht umgesetzt werde. Er unterstütze deshalb den Antrag außer Punkt 2, da man niemandem vorschreiben könne, sich zu entschuldigen, da Entschuldigungen ernst gemeint sein müssen.

Bürgermeister Baaß sagte, dass die Argumente, die vorgetragen wurden, auf falschen Tatsachen beruhen. In der gerade stattgefundenen Güteverhandlung des Arbeitsgerichts sei die Gegenseite aufgefordert worden, ihre Ansprüche zu begründen.

Stv. Bastian Kempf betonte, dass man persönliche Befindlichkeiten und das Urteil trennen müsse. Wenn man feststelle, dass man einen Fehler gemacht habe, müsse man dies eingestehen. Der Antrag sei in Teilen so nicht umsetzbar, aber natürlich wünsche man sich so viele Informationen wie möglich.

Stv. Schäfer sagte zu Nr. 1 des Antrages, dass sich die Stadt natürlich an Recht und Gesetz halte. Zu Nr. 2 fragte er, ob sich die Stadt dafür entschuldigen solle, dass eine Kündigung in 1. Instanz standgehalten habe, in 2. Instanz aus eher formalen Gründen gescheitert sei. Die Information zu den Kosten, wie in Nr. 3 gefordert, habe man bereits erhalten. Er halte den Antrag deshalb für Nonsens.

Um 20:15 Uhr übergab Stv.-Vorsteher Schübeler die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter Dr. Ritterbusch.

Stv.-Vorsteher Schübeler sagte, dass der Antrag mehrere Facetten habe. Eine sei die politische Komponente, welche das gute Recht einer Fraktion sei. Die andere die sachliche: Das Urteil werde selbstverständlich umgesetzt, man lebe schließlich in einem Rechtsstaat. Es gebe aber offensichtlich Divergenzen, wie das Urteil umzusetzen sei. Soweit man sich einig sei, sei das Urteil bereits erfüllt worden, über die übrigen Punkte befinde man sich derzeit im Güteverfahren.

Der Magistrat soll nun aufgefordert werden, etwas zu tun in der Umsetzung des Urteils. Damit habe er einige Probleme. Außerdem soll dem Magistrat verpflichtend etwas aufgetragen werden in Personalfragen. Wäre er Mitarbeiter der Stadtverwaltung hätte er etwas dagegen, wenn Personalangelegenheiten in öffentlicher Sitzung präsentiert werden. Dies sei auch ein Schutz für Herrn Schmitt. Auskünfte könne man in nicht-öffentlicher Sitzung erlangen.

Formal habe der Verwaltungsgerichtshof Hessen vor knapp 2 Jahren unter Hinweis

auf § 9 HGO hervorgehoben, dass die Stadtverordneten-Versammlung ein Organ der Stadt sei, also kein Parlament, sondern ein Teil der Verwaltung. Mit dem Antrag werde nun verlangt, dass ein Teil der Verwaltung (die Stadtverordneten-Versammlung) einem anderen Teil der Verwaltung (dem Magistrat) vorschreibe, wie in einem laufenden Verfahren zu verfahren sei. Dies sei nicht akzeptabel. Für das laufende Verfahren sei allein der Magistrat zuständig, der mit dem von ihm beauftragten Rechtsanwalt die Verhandlungen für die Stadt führe. Er sehe den Antrag deshalb kritisch und könne diesem nicht zustimmen.

Um 20:20 Uhr übernahm Stv.-Vorsteher Schübeler die Sitzungsleitung und unterbrach die Sitzung, um den Fraktionen Zeit zur internen Beratung zu geben.

Stv. Ergler erklärte, dass es für die CDU-Fraktion um die sachlichen Argumente gehe. Die persönliche Ebene blende man aus. Der Antrag sei so nicht zustimmungsfähig, aber über gewisse Dinge müsse man informiert werden. Er kündigte an, in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag zur Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses zu stellen, um das Thema nicht-öffentlich diskutieren zu können.

Stv. Weißenberger sagte, dass der Bürgermeister kein Unrechtsbewusstsein zeige. Er schlug vor, den Antrag abzuändern. Nr. 2 des Antrages solle gestrichen werden und Nr. 3, jetzt neu Nr. 2, soll um den Halbsatz „soweit dies möglich ist“ ergänzt werden.

Bürgermeister Baaß begrüßte den Vorschlag zur Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses. Er behielt sich allerdings vor zu prüfen, ob und inwieweit Personalangelegenheiten in einem solchen Ausschuss beraten werden dürfen. Er dankte Stv.-Schübeler für seinen sachlichen Beitrag und die Akzeptanz der Zuständigkeiten zum Schutze auch des weiteren Personals.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hessen um Arbeitsgerichtsverfahren Claus Schmitt ./ Stadt Viernheim in allen Punkten umzusetzen.
2. Dem Magistrat und der Verwaltung wird verpflichtend aufgetragen, die Stadtverordneten-Versammlung, soweit dies möglich ist, fortwährend über die Vorgehensweise der Stadt und alle Kosten zu informieren, die das Verfahren und das Urteil mit sich gebracht haben und zukünftig für die Stadt bringen wird.

Abstimmung: 5 Ja-Stimme(n), 34 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt

ENDE DER SITZUNG: 20:45 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

(Norbert Schübeler)

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

(Philipp Haas)

F.d.R.d.A.

(Oberinspektor)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Investitionsprogramm 2016-2020
Haushaltsplan 2017
 - 1.1 Produkt Musikschule, hier: Haushalt 2017
2. Prüfung der Jahresrechnung 2014 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße
- (neu) 3. Genehmigung überplanmäßiger Mittel für den Einbau von elektrisch versenk-
baren Pollern an 3 Standorten (Umbau Fußgängerzone - 3. Bauabschnitt)
- (neu) 4. Antrag der Fraktion Die Linke:
Blindengerechte Fußgängerampeln
- (neu) 5. Antrag der Fraktion Die Linke:
Arbeitsgerichtsverfahren Claus Schmitt ./.. Stadt Viernheim